

Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Der unterfertige Bezirksrat stellt namens der Fraktion der Freiheitlichen Bezirksräte auf der am 19.10.2016 stattfindenden ordentlichen Sitzung der Bezirksvertretung von Wien Penzing gemäß § 23 der Geschäftsordnung folgende

Anfrage

1. Wie viele Personen verließen Penzing um sich einer islamischen Mörderbande anzuschließen?
2. Wie viele dieser islamischen Terroristen kamen wieder nach Österreich, insbes. nach Penzing zurück?
3. Wie viele dieser Rückkehrer sind in Penzing gemeldet?
4. Wie viele islamische Gefährder waren in Penzing gemeldet und sind derzeit nicht auffindbar?
5. Waren oder sind diese islamischen „Rückkehrer“ Mieter bzw. gemeldet in Gemeindebauwohnungen in Penzing?
6. Wie viele dieser islamischen „foreign fighters“ beziehen bzw. bezogen Mindestsicherung?
7. Wie will man uns Penzinger vor diesen islamischen Mörderbanden schützen?
8. Wie viele in Penzing in untergebrachte Asylanten und Asylwerber waren in einer islamischen Miliz?
9. Wurde erhoben ob in Penzing untergebrachte Asylanten und Asylwerber in islamischen Milizen kämpften?
10. Wurden die Angaben der in Penzing untergebrachte Asylanten und Asylwerber zu ihrer Identität, ihrem Alter und dem „Flucht- bzw. Asylgrund“ überprüft?
11. Wie erfolgte die Feststellung der Angaben der Asylwerber, Asylanten?
12. Wie viele in Penzing untergebrachte Asylanten und Asylwerber haben gefälschte Identitätsdokumente vorgezeigt?
13. Gab es Anwerbungsversuche von Asylanten/Asylwerbern durch islamische Sekten z.B.: Salafisten?
14. Gedenkt die Stadtregierung die Zahl der Asylwerber/Asylanten in Penzing zu senken?
15. Wie viele Asylwerber sind trotz negativen Asylbescheid trotzdem in Penzing?
16. Wie will die Stadtregierung verhindern das Mitglieder, Kämpfer & Sympathisanten islamischer Mörderbanden in Penzing ansiedeln?



Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Wien Penzing

Begründung

Allgemeines Bürgerinteresse.

Die Zahl der sog. „foreign fighters“ aus Österreich in Syrien und anderen islamischen Ländern steigt.

Der Innenminister musste bereits zugeben das mindestens 280 Personen aus Österreich in den islamischen Krieg gezogen sind. Auch das mindestens 87 islamische Fanatiker aus Syrien wieder nach Österreich zurück gekommen sind.

Nicht nur die Penzinger Bürger fragen sich ob die Regierenden diese Gefahr erkannt haben und auch etwas dagegen unternehmen.

Die islamischen Anschläge quer durch Europa und die gerade noch verhinderten Morde zeigen ganz klar das dringender Handlungsbedarf zum Schutz der Bevölkerung besteht.

Dazu gehört auch nicht jeden unkontrolliert über die Grenze nach Österreich zu lassen.

Nachdem das aber durch die Regierung im Willkommenswahn verabsäumt wurde sind jetzt unzählige Gefährder im Land.

Dank der naiven Willkommenspolitik reiste zB.: der islamische Attentäter von Würzburg als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling über Ö nach DE, bekam eine Pflegefamilie und galt sogar als Paradebeispiel für gute Integrationsaussichten.

Auch die nicht durchgeführten Abschiebungen sind ein großes, nicht nur finanzielles, Problem.

Wie will die Stadtregierung die Penzinger vor diesen, durch die Bundesregierung nicht verhinderten Problemen, schützen?

BR Bernhard Patzer, 22.09.2016